



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

40. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 15. Oktober 1986

Nummer 49

Glied-Nr.	Datum	Inhalt	Seite
2005	30. 9. 1986	Gesetz zur Einrichtung des Rechenzentrums der Finanzverwaltung als Landesoberbehörde	656
20340	6. 9. 1986	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung der mit Disziplinarbefugnissen ausgestatteten Dienstvorsetzten im Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales	656
7129	23. 9. 1986	Fünfte Verordnung zur Änderung der Smog-Verordnung	659
77	21. 8. 1986	Ordnungsbehördliche Verordnung über die Genehmigungspflicht für die Einleitung von wassergefährdenden Stoffen und Stoffgruppen in öffentliche Abwasseranlagen (VGS)	656
	4. 9. 1986	Verordnung über die Beiträge an die Tierseuchenkasse für das Jahr 1987 (TSK-BeitragsVO 1987)	657
		Öffentliche Bekanntmachung einer Änderungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Würgassen: 1. Ergänzung zum Bescheid Nr. 7/9 KWW (KFÜ) vom 18. Juli 1986 Datum der Bekanntmachung: 15. Oktober 1986	658
	15. 9. 1986	Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen über die Vereinbarkeit des Artikels III Nr. 2 des Mitbestimmungs-Artikelgesetzes vom 28. Juni 1984 (GV. NW. S. 362) mit der Landesverfassung	660
	23. 9. 1986	Verordnung über die hilfeleistende Behörde nach dem Übereinkommen vom 28. Januar 1961 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten	660
		Hinweis für die Bezieher der Sammlung des bereinigten Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen - SGV. NW. -	655

Hinweis für die Bezieher der Sammlung des bereinigten Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen - SGV. NW. -

Die Aufnahmekapazität der vorhandenen Ordner der SGV. NW. ist erschöpft. Es empfiehlt sich, die Sammlung um 2 weitere Bände zu ergänzen.

Die Firma REGIS GmbH, Postfach 300804, 5300 Bonn 3, bietet hierzu an:

Belegordner, Sonderanfertigung

Deckel aus 1,8 mm marm. Hartpappe, Leinenrücken blau, innen mit chamois Tosa-Bütten, ca. 12,5 cm breit, jeweils 3 cm breit über die Rückenbiegung geklebt, im Rücken eingekietete Belegmechanik mit 8 Aufreihstiften, Abstand 8 - 6 - 8 cm, im Ordnerücken rundes Greifloch mit Metallring.

Preis: 41,00 DM je Ordner

zzgl. Mehrwertsteuer + Verpackung

Rückenschilder

selbstklebend, Farbe blau, Bogen zu 3 Stück mit Druck:

„SGV. NW., Gliederungsnummer ... bis ..., Band ...“

Preis: 1,20 je Bogen

zzgl. Mehrwertsteuer + Verpackung.

Ich bitte, die Bestellung unmittelbar an die Firma REGIS zu richten. Eine zentrale Beschaffung und Kostenübernahme ist mir nicht möglich.

Bei rechtzeitiger Bestellung wird die frühestmögliche Auslieferung voraussichtlich Mitte Oktober 1986 erfolgen.

2005

**Gesetz
zur Einrichtung des Rechenzentrums
der Finanzverwaltung als Landesoberbehörde
Vom 30. September 1986**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Das Rechenzentrum der Finanzverwaltung wird als Landesoberbehörde eingerichtet. Die Landesoberbehörde hat ihren Sitz in Düsseldorf.

§ 2

Das Landesorganisationsgesetz (LOG. NW.) vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1984 (GV. NW. S. 370), wird wie folgt geändert:

In § 6 Abs. 2 werden hinter den Worten „das Oberverwaltungsamt,“ die Worte „das Rechenzentrum der Finanzverwaltung,“ eingefügt.

§ 3

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 30. September 1986

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Der Finanzminister
Posser

Der Innenminister
Schnoor

– GV. NW. 1986 S. 656.

20340

**Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung
zur Bestimmung der mit Disziplinarbefugnissen
ausgestatteten Dienstvorgesetzten im
Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
Vom 6. September 1986**

Aufgrund des § 15 Abs. 3 Satz 2 der Disziplinarordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (DO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1981 (GV. NW. S. 364) wird verordnet:

§ 1

In § 1 Nr. 4 der Verordnung zur Bestimmung der mit Disziplinarbefugnissen ausgestatteten Dienstvorgesetzten im Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 6. Mai 1971 (GV. NW. S. 149), geändert durch Verordnung vom 25. November 1981 (GV. NW. S. 684), werden die Wörter „den Präsidenten der Landesanstalt für Immissionsschutz,“ gestrichen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 6. September 1986

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Hermann Heinemann

– GV. NW. 1986 S. 656.

77

**Ordnungsbehördliche Verordnung über die
Genehmigungspflicht für die Einleitung von
wassergefährdenden Stoffen und Stoffgruppen in
öffentliche Abwasseranlagen (VGS)**

Vom 21. August 1986

Auf Grund des § 59 Abs. 1 des Landeswassergesetzes – LWG – vom 4. Juli 1979 (GV. NW. S. 488), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. November 1984 (GV. NW. S. 663), wird verordnet:

§ 1

Genehmigungspflichtige Stoffe und Stoffgruppen

(1) Die in der Anlage zu dieser Verordnung aufgeführten wassergefährdenden Stoffe und Stoffgruppen dürfen nur mit widerruflicher Genehmigung der unteren Wasserbehörde in öffentliche Abwasseranlagen eingeleitet werden. Anlage

(2) Die Genehmigungspflicht entfällt, wenn im Abwasser an seiner Anfallstelle die in der Anlage für den Stoff oder die Stoffgruppe genannte Konzentration oder Fracht bei der aufgeführten Untersuchungsmethode unterschritten wird.

(3) Verbote oder Genehmigungspflichten nach dem kommunalen Satzungsrecht bleiben unberührt.

§ 2

Ordnungswidrigkeiten

Nach § 161 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 4 LWG kann mit Geldbuße bis zu einhunderttausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 1 Stoffe oder Stoffgruppen ohne Genehmigung in eine öffentliche Abwasseranlage einleitet.

§ 3

Inkrafttreten, Übergangsregelung

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1987 in Kraft.

(2) Für im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bereits bestehende nach § 1 genehmigungspflichtige Einleitungen in öffentliche Abwasseranlagen ist die Genehmigung bis spätestens zum 31. Dezember 1987 zu beantragen. Sie gilt bis zur Entscheidung über den rechtzeitig gestellten Antrag für den bei Inkrafttreten dieser Verordnung vorhandenen Umfang der Einleitung als erteilt. T.

Der Minister für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

Klaus Matthiesen

Anlage

Stoff oder Stoffgruppe	Untersuchungsmethode	Schwellenwert für die Genehmigungspflicht	
		mg/l	g/h ¹⁾
Arsen gesamt	DIN 38 405-D 18 (Ausgabe September 1985) aus der Stichprobe ²⁾	0,05	1
Blei gesamt	DIN 38 406-E 6-1/3 (Ausgabe Mai 1981) aus der Stichprobe ²⁾	0,2	8
Cadmium gesamt	DIN 38 406-E 19-1/3 (Ausgabe Juli 1980) aus der Stichprobe ²⁾	0,02	0,4
Chrom gesamt	DIN 38 406-E 10 (Ausgabe Juni 1985) aus der Stichprobe ²⁾	0,2	8
Kupfer gesamt	Analog DIN 38 406-E 19-1/3 (Ausgabe Juli 1980) aus der Stichprobe ²⁾	0,3	12
Nickel gesamt	Analog DIN 38 406-E 19-1/3 (Ausgabe Juli 1980) mit pyrolytisch beschichtetem Graphitrohr aus der Stichprobe ²⁾	0,2	6
Quecksilber gesamt	DIN 38 406-E 12-3 (Ausgabe Juli 1980) aus der Stichprobe ²⁾	0,005	0,1
Adsorbierbare organisch gebundene Halogene (AOX)	DIN 38 409-H 14 (Ausgabe März 1985) Adsorption nach 8.2.2; Mitverbrennen der Keramikwolle aus der Stichprobe ³⁾	0,5	10
1,1,1-Trichlorethan, Trichlorethen, Tetrachlorethen und Trichlormethan	DIN 38 407-F 4 (Entwurf von April 1985) Extraktion z. B. mit Hexan; Gaschromatographie z. B. mit 50 m PPG-Glas- und 30 m DB 1-Quarzkapillarsäule aus der Stichprobe ³⁾	0,2 ⁴⁾	4 ⁴⁾
Freies Chlor	DIN 38 408-G 4 (Ausgabe Juni 1984) aus der Stichprobe ³⁾	0,2	4

¹⁾ Die Werte in Gramm je 1 Stunde werden aus der Stichprobe für das in einer Stunde anfallende Abwasser hochgerechnet.

²⁾ nicht abgesetzt, homogenisiert

³⁾ nicht abgesetzt

⁴⁾ je Einzelstoff

- GV. NW. 1986. S. 656.

Verordnung über die Beiträge an die Tierseuchenkasse für das Jahr 1987 (TSK-BeitragsVO 1987)

Vom 4. September 1986

Auf Grund des § 12 des Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz (AGTierSG-NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. November 1984 (GV. NW. S. 754) wird verordnet:

§ 1

(1) Für Tiere in Nordrhein-Westfalen werden die von den Tierbesitzern für das Jahr 1987 zu erhebenden Beiträge wie folgt festgesetzt:

1. Pferde
 - in Beständen mit 1 bis 2 Tieren je Bestand 6,— DM
 - in Beständen mit 3 bis 50 Tieren je Tier 3,— DM
 - in Beständen mit 51 und mehr Tieren je Tier 4,— DM
2. Rinder

Beiträge für Rinder werden nicht erhoben.
3. Schweine
 - a) in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln
 - in Beständen mit 1 bis 50 Tieren je Tier 0,30 DM
 - in Beständen mit 51 bis 500 Tieren je Tier 0,90 DM
- in Beständen mit 501 bis 1 000 Tieren je Tier 1,70 DM
- in Beständen mit 1 001 und mehr Tieren je Tier 2,70 DM
- b) in den Regierungsbezirken Arnsberg, Detmold und Münster
 - in Beständen mit 1 bis 50 Tieren je Tier 1,30 DM
 - in Beständen mit 51 bis 500 Tieren je Tier 1,90 DM
 - in Beständen mit 501 bis 1 000 Tieren je Tier 2,70 DM
 - in Beständen mit 1 001 und mehr Tieren je Tier 3,70 DM
- c) Beiträge unter 5,— DM werden nicht erhoben.
4. Schafe
 - in Beständen mit 1 bis 6 Tieren je Bestand 9,50 DM
 - in Beständen mit 7 bis 50 Tieren je Tier 1,80 DM
 - in Beständen mit 51 und mehr Tieren je Tier 2,30 DM
5. Ziegen

Beiträge für Ziegen werden nicht erhoben.

(2) Bestand im Sinne der Verordnung sind alle Tiere einer Art, die in räumlichem Zusammenhang gehalten oder gemeinsam versorgt werden.

§ 2

(1) Die Beiträge werden einen Monat nach Zugang des Bescheides fällig. Maschinell erstellte Rechnungen gelten als Bescheide.

(2) Das Beitragsjahr ist das Kalenderjahr 1987.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1987 in Kraft. Gleichzeitig tritt die TSK-BeitragsVO 1986 vom 9. Dezember 1985 (GV. NW. S. 787) außer Kraft; sie ist weiter für Beitragsforderungen aus dem Jahre 1986 anzuwenden.

Düsseldorf, den 4. September 1986

Der Minister
für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

Klaus Matthiesen

– GV. NW. 1986 S. 657.

**Öffentliche Bekanntmachung
einer Änderungsgenehmigung für
das Kernkraftwerk Würgassen:**

**1. Ergänzung zum Bescheid Nr. 7/9 KWW (KFÜ)
vom 18. Juli 1986**

Datum der Bekanntmachung: 15. Oktober 1986

Gemäß §§ 15 Abs. 3 und 17 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 1982 (BGBl. I S. 411) wird folgendes bekanntgegeben:

Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen hat der Preussen-Elektra Aktiengesellschaft (früher Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Preußenelektra), Hannover, mit der 1. Ergänzung zum Bescheid Nr. 7/9 KWW (KFÜ) vom 18. Juli 1986 die Genehmigung erteilt, die bestehenden meteorologischen Meßeinrichtungen des Kernkraftwerks Würgassen zu ergänzen und das ergänzte System für den Anschluß an das Kernkraftwerksfernüberwachungssystem (KFÜ) und für die betriebliche Eigenüberwachung in Betrieb zu nehmen. Der verfügende Teil des Bescheides lautet:

„A.

Aufgrund des § 7 des Atomgesetzes (AtG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565) zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Februar 1986 (BGBl. I S. 265), wird der PreussenElektra (früher Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Preußenelektra), Hannover, Tresckowstraße 5, auf ihren Antrag vom 13. März 1985 auf Erteilung einer Änderungsgenehmigung für das Kernkraftwerk mit einem Siedewasserreaktor von 1912 MW thermischer Leistung bei Beverungen, Ortsteil Würgassen, Kreis Höxter, unter Abänderung bzw. Ergänzung der für das Kernkraftwerk Würgassen erteilten Teilgenehmigungen Nr. 7/1 KWW vom 19. Januar 1968 bis Nr.

7/10 KWW vom 6. Juli 1984 nach Maßgabe der in Abschnitt B dieses Bescheides aufgeführten Unterlage sowie der Auflagen in Abschnitt C dieses Bescheides die

Genehmigung

erteilt,

1. die bestehenden meteorologischen Meßeinrichtungen (Wind-, Temperaturmeßstellen) um ein SODAR*-System zur Messung des Windprofils und des Turbulenzzustandes der Atmosphäre sowie um Instrumentierungen zur Messung der Strahlungsbilanz, der Niederschlagsintensität, der Luftfeuchte und des Luftdrucks zu ergänzen;
2. die gemäß 1 errichtete meteorologische Instrumentierung sowohl für den Anschluß an das Kernkraftwerksfernüberwachungssystem (KFÜ) des Landes Nordrhein-Westfalen als auch für die betriebliche Eigenüberwachung des Kernkraftwerks Würgassen in Betrieb zu nehmen.“

Der Bescheid ist mit Hinweisen und Auflagen verbunden, die im wesentlichen Festlegungen zur Ausführung der Meßstellen und zur Durchführung wiederkehrender Prüfungen enthalten.

Der Genehmigungsbefehl enthält folgende Rechtsmittelbelehrung:

„Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Oberverwaltungsgericht, 4400 Münster, Aegidienkirchplatz 5, schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Falls die Frist durch das Verschulden eines Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden dem Vollmachtgeber zugerechnet werden.“

Eine Ausfertigung des Bescheides einschließlich seiner Begründung sind vom Tage nach der Bekanntmachung an zwei Wochen während der Dienststunden

a) im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Haroldstraße 4, Anmeldung beim Pförtner (Dienststunden: montags bis freitags von 8.00 bis 16.30 Uhr)

und

b) in der Stadtverwaltung in Beverungen, Zimmer 39 des Rathauses (Dienststunden: montags bis donnerstags von 8.00 bis 16.30 Uhr und freitags von 8.00 bis 14.00 Uhr)

zur Einsicht ausgelegt.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt. Dieser Zeitpunkt ist für den Beginn der Klagefrist maßgebend.

*) Sonic Detection And Ranging

Der Minister
für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
Wolf

– GV. NW. 1986 S. 658.

7129

**Fünfte Verordnung
zur Änderung der Smog-Verordnung
Vom 23. September 1986**

Aufgrund der §§ 40 und 49 Abs. 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560), wird verordnet:

Artikel I

Die Smog-Verordnung vom 29. Oktober 1974 (GV. NW. S. 1432), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. November 1985 (GV. NW. S. 657), wird wie folgt geändert:

1. § 7 erhält folgende Fassung:

„§ 7

Ausnahmen für bestimmte Fahrzeugarten

§§ 5 und 6 sind nicht anzuwenden bei der Benutzung von

1. Kraftfahrzeugen, die durch Elektromotor angetrieben werden, und
2. Kraftfahrzeugen mit Fremdzündungsmotor und regeltem Dreiweg-Katalysator, die an der Frontscheibe entsprechend gekennzeichnet sind.“

2. § 12 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Die zuständige Behörde kann anordnen, daß der Betrieb von Anlagen im Sinne des § 3 Abs. 5 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes während der Alarmstufe 1 beschränkt und während der Alarmstufe 2 eingestellt wird, soweit das zur Verhinderung eines weiteren Anwachsens schädlicher Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen geboten ist.

- b) In Absatz 2 Satz 5 werden die Wörter „der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie“ durch die Wörter „das Landesoberbergamt“ und die Wörter „der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft“ durch die Wörter „die Regierungspräsidenten“ ersetzt.

3. Die Anlage 2 erhält folgende Fassung:

Anlage 2

Meßstationen

Standort	Nenn-Rechts-Hochwert	
Smog-Gebiet I		
4354 Datteln, Mozartstr.	2592,2	5724,0
4620 Castrop-Rauxel-Ickern, Uferstr.	2593,5	5718,5
4670 Lünen-Brambauer, Am Freibad	2600,2	5719,7
4670 Lünen-Niederaden, Kreisstr.	3401,0	5718,5
4620 Castrop-Rauxel-Frohlinde, Dortmund-Str.	2593,8	5711,8
4600 Dortmund-Mitte, Hüttnerstr./Schumannstr.	2601,8	5711,7
4600 Dortmund-Asseln, Auf dem Bleek	3402,4	5710,9
4600 Dortmund-Hoerde, An der Seekante	2604,2	5707,6
5810 Witten, Westfalenstr.	2593,9	5702,0
5840 Schwerte, Schützenstr.	3401,5	5702,4
Smog-Gebiet II		
4370 Marl-Sickingmühle, Alte Straße	2577,7	5730,0
4370 Marl-Polsum, Dorfstr.	2573,4	5722,0
4352 Herten, Paschenbergstr./Ecke Ebbelicher Weg	2578,2	5718,9
4350 Recklinghausen, Nordseestr.	2584,7	5719,5
4390 Gladbeck, Krusenkamp	2569,6	5716,7
4250 Bottrop, Welheimer Str.	2567,8	5710,6

Standort	Nenn-Rechts-Hochwert	
4650 Gelsenkirchen-Schalke, Trinenkamp	2576,6	5711,6
4690 Herne, Ingeborgstr.	2585,0	5711,1
4300 Essen-Vogelheim, Hafenstraße/Ecke Wildstraße	2568,2	5707,4
4300 Essen-Altendorf, Heinrich-Strunk-Str.	2587,2	5703,1
4300 Essen-Leithe, Friedhof-Erweiterungsgelände	2576,0	5702,9
4630 Bochum-Wiemelhausen, Glockengartenstr.	2585,9	5704,9
4300 Essen-Bredeney, Wallneyer Str.	2587,3	5697,3
Smog-Gebiet III		
4221 Voerde-Spellen, Mehrstr.	2543,2	5718,4
4224 Hünxe-Bruckhausen, Hauptstr.	2552,3	5718,5
4134 Rheinberg-Budberg, Lutherstr.	2544,4	5711,1
4100 Duisburg-Walsum, Sonnenstr.	2552,0	5710,2
4260 Oberhausen-Osterfeld, Tackenbergstr.	2560,7	5710,6
4130 Moers-Meerbeck, Fuldastr.	2545,1	5703,0
4100 Duisburg-Meiderich, Westenderstr.	2554,7	5703,7
4330 Mülheim-Styrum, Neustadtstr.	2560,2	5702,5
4100 Duisburg-Kaldenhausen, Darwinstr.	2545,5	5695,1
4100 Duisburg-Buchholz, Böhmerstr.	2553,2	5694,8
4150 Krefeld-Mitte, Am Baackeshof	2538,3	5687,6
4150 Krefeld-Linn, Hammerstr.	2544,7	5689,5
Smog-Gebiet IV		
4000 Düsseldorf-Einbrungen/Wittlaer, Duisburger Landstr., Ecke Einbrunger Str.	2551,9	5687,3
4000 Düsseldorf-Lörick, Bushaltestelle Erholungsstätte Lörick	2551,2	5679,6
4000 Düsseldorf-Gerresheim, An der Leimkuhle	2559,8	5677,9
4040 Neuss, Jean-Pullen-Weg	2548,5	5672,2
4000 Düsseldorf-Reisholz, Further Str.	2560,0	5673,0
Smog-Gebiet V		
4047 Dormagen, Weiler Straße	2556,3	5663,8
4018 Langenfeld-Reusrath, Virneburgstr.	2568,4	5662,3
5000 Köln-Chorweiler, Fühlinger Weg	2561,8	5654,6
5090 Leverkusen, Elsa-Brandström-Straße	2570,8	5656,4
5000 Köln-Vogelsang, Vogelsanger Str.	2561,9	5647,0
453 Köln-Riehl, Kuhweg	2569,5	5648,7
5030 Hürth, Am Lintacker	2562,1	5638,5
5000 Köln-Rodenkirchen, Friedrich-Ebert-Str.	2569,3	5639,8
5047 Wesseling, Hubertusstr.	2568,2	5632,8
5218 Niederkassel-Ranzel, Ecke Markusstr./Kopernikusstr.	2572,5	5633,7

4. Die Anlage 3 wird wie folgt geändert:

- a) Bei der Beschreibung des Sperrbezirks Bochum I wird das Wort „Außenring“ jeweils durch das Wort „Sheffieldring“ ersetzt.
- b) Bei der Beschreibung des Sperrbezirks Bochum II wird die Angabe „Elbinger Straße,“ gestrichen.
- c) Bei der Beschreibung des Sperrbezirks Dormagen werden vor den Wörtern „im Süden“ die Wörter „im Osten die B9,“ eingefügt.
- d) Bei der Beschreibung des Sperrbezirks Recklinghausen werden die Wörter „Weidestraße und Wildermannstraße“ durch das Wort „Hohenzollernstraße“ ersetzt.
- e) Bei der Beschreibung der Sperrbezirke Witten I, Witten II und Witten III werden jeweils die Wörter „der kreisfreien Stadt Witten“ durch die Wörter „der Stadt Witten/Ennepe-Ruhr-Kreis“ ersetzt.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 23. September 1986

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Für den Innenminister
der Finanzminister
Posser

Der Minister für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie

Jochimsen

Der Minister für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft
Klaus Matthiesen

– GV. NW. 1986 S. 659.

**Entscheidung
des Verfassungsgerichtshofs für das Land
Nordrhein-Westfalen über die Vereinbarkeit des
Artikels III Nr. 2 des
Mitbestimmungs-Artikelgesetzes vom 26. Juni 1984
(GV. NW. S. 362) mit der Landesverfassung**

Vom 15. September 1986

Aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen vom 15. September 1986 – VerfGH 17/85 – in dem verfassungsgerichtlichen Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Coesfeld, des Kreises Coesfeld, des Kreises Borken, der Gemeinde Nordwalde, der Stadt Delbrück und der Stadt Ochtrup, Artikel III Nr. 2 des Gesetzes zur Arbeitnehmer-Mitbestimmung in öffentlich-rechtlichen Unternehmen (Mitbestimmungs-Artikelgesetz) vom 26. Juni 1984 (GV. NW. S. 362) verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der Selbstverwaltung, wird folgende Entscheidungsformel veröffentlicht:

Artikel III Nr. 2 des Gesetzes zur Arbeitnehmer-Mitbestimmung in öffentlich-rechtlichen Unternehmen (Mitbestimmungs-Artikelgesetz) vom 26. Juni 1984 (GV. NW. S. 362) ist nichtig, soweit § 10 Abs. 2

des Sparkassengesetzes – SpkG – in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1975 (GV. NW. S. 498) geändert worden ist.

Die Entscheidung hat gemäß § 26 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen Gesetzeskraft.

Düsseldorf, den 25. September 1986

Der Chef der Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Leister

– GV. NW. 1986 S. 660.

**Verordnung
über die hilfeleistende Behörde nach dem
Übereinkommen vom 28. Januar 1981 zum Schutz
des Menschen bei der automatischen Verarbeitung
personenbezogener Daten
Vom 23. September 1986**

Aufgrund des Artikels 2 des Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten vom 13. März 1985 (BGBl. II S. 538) wird verordnet:

§ 1

Hilfeleistende Behörde nach Artikel 13 Abs. 2 Buchstabe a des Übereinkommens vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten ist der Innenminister.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 23. September 1986

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Für den Innenminister
der Finanzminister
Posser

– GV. NW. 1986 S. 660.

Einzelpreis dieser Nummer 1,85 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/238 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 47,50 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 95,— DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/241, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzugl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1
Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0177-5359